

Antrag Nr. 26-F-55-0003

Linke

Betreff:

Wohnungen in der stationären Jugendhilfe
-Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.04.2026-

Antragstext:

Das Wohnungsangebot für junge Menschen in der stationären Jugendhilfe reicht in Wiesbaden aktuell nicht aus. Viele Jugendliche und junge Erwachsene in schwierigen Lebenslagen - etwa aus Familien mit Wohnungsnot oder aus dem Übergang aus Jugendhilfeeinrichtungen - benötigen stabile, betreute Wohnformen, um Selbstständigkeit zu erlangen. Bestehende Angebote wie das Übergangswohnheim der Diakonie oder Wohngruppen des Johannesstifts sind überlastet und decken die Nachfrage nicht.

Zudem fehlt es sogenannten „Careleaver“, also junge Erwachsene aus dem Jugendhilfesystem entlassen werden, an bezahlbarem Wohnraum. Dies birgt die Gefahr, dass, nachdem junge Menschen nach dem §41a SGB VIII in einem durch den Jugendhilfeträger betreuten Apartment erfolgreich verselbständigt werden, diese trotzdem ihr Zuhause aufgeben müssen, weil sie aus dem System rausgewachsen sind. Sie stehen dann vor drohender Obdachlosigkeit. Es braucht also dringend Wohnraum, in dem die Careleaver wohnen bleiben können, wenn auch nur für eine gewisse Zeit, wenn die Leistungen der Jugendhilfe enden.

Die Linke fordert daher einen zielgerichteten Ausbau in Kooperation mit den Trägern. Dies entspricht dem Auftrag des SGB VIII zur Jugendschutz und Teilhabe und verhindert Obdachlosigkeit unter Jugendlichen. Die Stadt muss aktiv handeln, um soziale Ungleichheit nicht zu verstärken.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden stellt fest, dass das aktuelle Wohnungsangebot für junge Menschen in der stationären Jugendhilfe nicht ausreicht.

Der Magistrat wird gebeten,

2) gemeinsam mit den freien Trägern der stationären Jugendhilfe einen Ausbauplan zu erarbeiten, der bis Ende 2031 ausreichend Wohnplätze schafft.

3) gemeinsam mit den freien Trägern der stationären Jugendhilfe einen Ausbauplan zu erarbeiten, der bis Ende 2031 ausreichend Wohnplätze für Careleaver schafft, in denen diese mindestens 12 Monate bleiben können.

4) den Sozialausschuss und den Jugendhilfeausschuss einzubinden und über den Fortschritt jährlich zu informieren.

5) die hierzu notwendigen Mittel jeweils rechtzeitig für die kommenden Haushalte, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Verpflichtungen nach SGB VIII, anzumelden.

Ingo von Seemen Pascal Wolf
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Wiesbaden, 28.04.2026

Antrag Nr. 26-F-55-0003
Linke
